

Pressemitteilung

Berlin, 31.03.2023

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

BVÖGD fordert Weiterfinanzierung neuer Stelle über das Jahr 2026 hinaus

Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) fordert Bund, Länder und Kommunen auf, die Finanzierung neuer Stellen in den Gesundheitsämtern auch über das Jahr 2026 sicherzustellen. Hintergrund ist die gestrige Empfehlung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die Bundesmittel aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) nicht über das Jahr 2026 zu verlängern.

„Die Corona-Pandemie hat die enorme Bedeutung eines funktionierenden ÖGD für die Gesundheit der Menschen allen klar deutlich gemacht. Die Mittel aus dem ÖGD-Pakt dienen dazu, die Ämter für die Zukunft aufzustellen und den jahrelangen Stellenabbau zumindest teilweise auszugleichen. Dieser Aufbau darf kein kurzes Strohfeuer bleiben“, betont der BVÖGD-Vorsitzende Dr. Johannes Nießen.

Der ÖGD hat neben der Infektionskontrolle zahlreiche weitere wichtige Aufgaben – zum Beispiel die Erfassung und das Management von Entwicklungsdefiziten und Erkrankungen bei Kindern, die Betreuung von Wohnungslosen und psychisch Kranken, Trinkwasser- und Hygienekontrollen, die Betreuung von Flüchtlingen, Gesundheitsberichterstattung, Politikberatung und vieles mehr.

„Die Gesundheitsämter brauchen schnell Planungssicherheit. Sonst wird es wegen des Fachkräftemangels noch nicht einmal möglich sein, die mit dem ÖGD-Pakt geschaffenen Stellen jetzt zu besetzen“, so Nießen

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55